

## **Studierende lehnen Finanzierung der Didaktikprofessur aus Studiengebühren ab**

Der Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Duisburg-Essen plant, eine Professur für Fachdidaktik anteilig aus Studiengebühren zu finanzieren.

Dieses lehnt der Fachschaftsrat Sozialwissenschaften mit der Begründung ab, dass Professuren ein Grundangebot der Universität seien und daher auch nicht aus Gebühren der Studierenden finanziert werden sollte.

Es wird hier nicht für ein zusätzliches Lehrangebot geworben, sondern nur eine Notlösung gestrickt, da sich die an den Lehramtsstudiengängen beteiligten Institute für Politikwissenschaften und Soziologie nicht auf eine Teilung der Finanzierung einigen können. Auch die inhaltliche Ausrichtung der bisherigen Planstelle für Fachdidaktik ist unklar. „Es ist unglaublich, dass sich die Institute nicht auf eine Finanzierung einigen können. Die internen Abstimmungsschwierigkeiten der Institute sollen von den Studierenden bezahlt werden.“ so Agnes Niersmann, Mitglied im Prüfungsgremium zur Sicherung der Qualität der Lehr- und Studienorganisation.

### **Professuren aus Studiengebühren ein nächster Schritt hin zur Privatuniversität**

Professuren sind ein Grundangebot der Universitäten. Sie halten einen Großteil der Lehre ab. Im Zuge der Umstellung der Lehramtsstudiengänge auf Bachelor und Master wird auch der Fachdidaktik eine wachsende Bedeutung beigemessen. Rainald Manthe, Vertreter der Studierenden im Fachbereichsrat Gesellschaftswissenschaften, meint: „Dieses Angebot jetzt von den Studierenden finanzieren zu lassen, bedeutet eine weitere

Privatisierung des Kernangebotes der Universitäten. Beispiele wie England oder die USA zeigen, dass die Studiengebühren bei steigendem Finanzbedarf immer weiter angehoben werden.“

### **Weiterfinanzierung ungeklärt**

Es ist bisher ungeklärt, wer die aus Studiengebühren finanzierten Professuren im Falle einer Abschaffung der Beiträge weiterfinanziert. Da Professuren verbeamtet und auf Lebenszeit eingestellt sind, birgt dies ein hohes langfristiges finanzielles Risiko mit sich. „Seitdem die Hochschulen 2006 in die Autonomie entlassen worden sind, ist auch ein finanzieller Konkurs möglich. Das Land springt nicht mehr zwangsläufig für Mittelausfälle der Universitäten ein. Am Ende müssen die Fachbereiche und damit die Studierenden darunter leiden, dass sich der Dekan verspekuliert hat.“ berichtet Patrick Hintze, Mitglied im Beirat Studienbeiträge im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften.

Da dieses Grundangebot auch problemlos aus Haushaltsmitteln finanziert werden kann, was nur am Willen der Beteiligten scheitert, fordern die Studierenden im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften sowie die studentischen Vertreterinnen und Vertreter im Prüfungsgremium den Dekan des Fachbereiches auf, von einer Finanzierung der Professur aus Studienbeiträgen abzusehen. Dies kann langfristig gesehen auch nur im Interesse des Fachbereiches Gesellschaftswissenschaften sein.

*Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung:*

Ansprechpartner: Rainald Manthe  
E-Mail-Adresse: rmanthe@t-online.de  
Tel.: 0151-25349491